
Andreas Kossert

Wilhelminische Ostmarkenpolitik als infrastrukturelle Durchdringung? Masuren und der deutsch-polnische Antagonismus

Auf den ersten Blick erscheint das ostpreußische Masuren in der deutsch-polnischen Kontaktzone geradezu prädestiniert für eine Studie über Nationalisierungsprozesse in einem multiethnischen Gebiet zu sein. Doch obwohl sich Untersuchungen zu vergleichbaren Phänomenen in den Grenzregionen Ostmitteleuropas seit einigen Jahren großer Popularität erfreuen, liegen bislang nur zwei modernen Ansprüchen genügende Studien zum deutsch-polnischen Konflikt um Masuren vor. Während zum einen der amerikanische Historiker Richard Blanke den Nationalisierungsprozess in der Region als genuinen Willensausdruck der Masuren wertet, hat andererseits der Autor dieses Beitrags versucht, die Wechselwirkung zwischen politischer Instrumentalisierung und einem Assimilierungsprozess zur deutschen Sprache unter gleichwertiger Berücksichtigung deutscher und polnischer Quellen herauszuarbeiten.¹ Von polnischer Seite liegt hingegen keine neuere Monographie zu Nationalisierungsprozessen und dem deutsch-polnischen Konflikt in Masuren vor.² Offensichtlich richtete sich das Forschungsinter-

-
- 1 Vgl. R. Blanke, *Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871*, Köln/Weimar/ Wien 2001. Dem ging voraus ders., „Polish speaking Germans?“ *Language and National Identity among the Masurians*, in: *Nationalities Papers* 29 (1999), S. 429-453; A. Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des deutsch-polnischen Konflikts 1870-1956*, Wiesbaden 2001. Zu erwähnen sind daneben die leider im Ergebnis unbefriedigenden Arbeiten von L. Belzyt, *Sprachliche Minderheiten im preußischen Staat 1815-1914*, Marburg 1998; ders., *Zur Frage des nationalen Bewusstseins der Masuren im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung* 45 (1996), S. 35-71. Wichtige ideologiekritische Überlegungen für den gesamten ostpreußischen Raum bietet J. Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem*, Wiesbaden 1996; ders., *Die Nationalitäten in Ostpreußen in der preußischen Politik bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, in: *Mare Balticum* 1997, S. 38-49.
 - 2 An wichtigen polnischen Arbeiten zu Masuren, die jedoch vor allem religiöse und sozialgeschichtliche Fragen behandeln, sind jedoch zu nennen: G. Jasiński, *Mazurzy w drugiej połowie XIX wieku. Kształtowanie się świadomości narodowej* [Die Masuren in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Herausbildung ihres nationalen Bewusstseins], Olsztyn 1994.; ders., *Duchowieństwa mazurskie w II połowie XIX*

se vor allem auf die Regionen, in denen tatsächliche nationale Spannungen herrschten. Ebenfalls überwog bis vor kurzer Zeit auf deutscher wie polnischer Seite gleichermaßen eine einseitig nationale Legitimationsforschung.³ Noch zuletzt in den 1990er Jahren zeigte sich das in den beiden Handbuch-Großprojekten zur Geschichte Ost- und Westpreußens⁴.

Der Nationalisierungsprozess in Masurien wies einige Spezifika auf, die es deutlich von anderen Grenzregionen Ostmitteleuropas unterschieden. Obwohl von einer mehrheitlich polnischsprachigen Bevölkerung bewohnt,

wieku [Die masurische Geistlichkeit in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts], in: J. Jasiński (Hrsg.), *Zagadnienie narodowościowe w Prusach Wschodnich w XIX i XX wieku* [Nationale Fragestellungen in Ostpreußen im 19. und 20. Jahrhundert], Olsztyn 1993, S. 61-86; B. Koziełło-Poklewski, *Kształtowanie się postaw politycznych ludności Mazur w okresie międzywojennym* [Die Herausbildung politischer Überzeugungen bei den Masuren in der Zwischenkriegszeit], in: J. Jasiński (Hrsg.), *Zagadnienia*, S. 121-131; ders., *Narodowosocjalistyczna Niemiecka Partia Robotnicza w Prusach Wschodnich 1921-1933* [Die NSDAP in Ostpreußen 1921-1933]. Olsztyn 1995.

- 3 Schulbildend für diese einseitig barussische Forschungstradition, die letztendlich die Germanisierungspolitik der Wilhelminischen Zeit grundsätzlich als Präventivmaßnahme gegenüber dem polnischen Nationalismus ausweist, war W. Hubatsch, *Masuren und Preußisch-Litthauen in der Nationalitätenpolitik Preußens 1870-1920*, Marburg 1966. [erstmalig erschienen in *Zeitschrift für Ostforschung* 14 (1965) und 15 (1966)]; ders., *Geschichte der Evangelischen Kirche Ostpreußens I*, Göttingen 1968. Vgl. daneben H. Mrowka, *Die Anfänge einer polnischen politischen Bewegung in Masurien*, in: S. Spieler/H. Hecker (Hrsg.), *Deutsche, Slawen und Balten*, Bont 1989, S. 128-140; S. Hartmann, *Zur nationalpolnischen Bewegung und zur preußischen Politik in Masurien vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 42 (1993), S. 40-83. Eine ältere, aber durchaus noch brauchbare Studie, die den deutschumszentrierten Literaturkanon erstmals durchbricht, ist H.-U. Wehler, *Zur neueren Geschichte der Masurien*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 11 (1962), S. 147-162.

Dem alten polozentrischen Denken entsprach eine populäre Gesamtdarstellung von Stanisław Achremczyk, *der Ermland und Masurien historisch unzulässig zusammenfasste*, vgl. S. Achremczyk, *Historia Warmii i Mazur* [Geschichte Ermlands und Masuriens], Olsztyn 1992. Daneben zeigten diese Tendenz beinahe alle polnischen Publikationen vor der politischen Wende, insbesondere aus dem staatlichen Kętrzyński-Forschungsinstitut in Allenstein.

- 4 Sie repräsentieren einen veralteten Forschungsstand und sind methodologisch schwach; zudem operieren beide Konzeptionen noch stark in ebendiesen alten nationalen Denkkategorien. Vgl. E. Opgenoorth (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens Teil III: Von der Reformzeit bis zum Vertrag von Versailles 1807-1918*, Lüneburg 1998; Teil IV: *Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918-1945*, Lüneburg 1997. Auf polnischer Seite beispielsweise G. Labuda (Hrsg.), *Historia Pomorza* [Geschichte Pommerns] Teil III.2. (1815-1850), Bearb. J. Jasiński, Poznań 1996.

hatte Masuren nie zum polnischen Staat gehört. Ebenso hat es in Masuren nie eine propolnische Bewegung gegeben, die aus der örtlichen Bevölkerung heraus entstanden wäre. In einer schon seit 1525 protestantischen Region vermochte auch der Kulturkampf die Loyalität der Masuren gegenüber dem preußischen Staat nicht zu erschüttern; daher blieb hier auch die in anderen katholischen Regionen zu beobachtende Massenmobilisierung etwa im Vereinswesen aus. Primär diese Gründe dürften ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass die polnische Nationalbewegung relativ spät ihr Augenmerk auf Masuren zu richten begannen, und dann, anders als in Posen und Westpreußen, durchweg halbherzig und inkonsequent. Erst im Wilhelminischen Reich wurde daher Masuren zum politischen *Grenzland*, wobei die folgende Germanisierungspolitik von dem Bewusstsein der Höherwertigkeit deutscher Kultur und Sprache geprägt war und ein koloniales Sendungsbewusstsein implizierte.

Masuren stellte bis zur Reichsgründung ein peripheres strukturschwaches Grenzgebiet im Osten Preußens dar, in der Öffentlichkeit kaum beachtet und wirtschaftlich rückständig. So galt lange Zeit der diskriminierende Spruch „Wo sich aufhört die Kultur, beginnt zu leben der Masur“. Die größte masurische Stadt, Lyck, zählte 1867 nur 5.318 Einwohner, wuchs allerdings rasch auf 11.722 im Jahr 1895 und 13.430 Einwohner 1910 an. Alle übrigen masurischen Kreisstädte blieben bis 1918 unter 10.000 Einwohnern.⁵ In den Städten konzentrierte sich eine kleine Gruppe von Kaufleuten, die große Landbezirke zu versorgen hatten. Zusammen mit den Lokalhonoratioren aus Verwaltung, Schule und Kirche bildeten sie die kleine, nichtmasurische Elite.

Die Region war seit dem Spätmittelalter von einer polnischsprachigen, aber evangelischen Landbevölkerung bewohnt, die um 1870 etwa 300.000 Personen umfasste⁶. Weil Industrien fehlten, konzentrierte sich der Haupterwerb der Masuren auf die Landwirtschaft. Masuren verzeichnete im Gegensatz zu den nördlichen Regionen Ostpreußens mit ihren charakteristischen Gutsbetrieben eine Dominanz kleinbäuerlicher Betriebe. An der Spitze

5 G. Czybulka, *Wandlungen in der Kulturlandschaft Masuren seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts*, Berlin 1936, S. 55. Neben Lyck hatte nur das bereits zum Oberland zählende Osterode mehr als 10.000 Einwohner. Die Einwohnerzahl/qkm fiel bescheiden aus: Die Kreise Lyck und Oletzko zählten 48, Lötzen 47, Sensburg und Ortelsburg 40, Angerburg 38, Neidenburg 35 und Johannsburg 30 Einwohner/qkm, vgl. A. Weinreich, *Bevölkerungsstatistiken und siedlungsgeographische Beiträge zur Kunde Ost-Masurens, vornehmlich der Kreise Oletzko und Lyck, Königsberg 1911*, S. 36; C. Kob, *West-Masuren. Eine bevölkerungsstatistische Untersuchung*. Berlin 1908, S. 49 ff.

6 Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen?* (Anm. 1), S. 28.

der gesellschaftlichen Hierarchie in den Städten und Kirchdörfern standen deutsche Beamte, Offiziere und evangelische Geistliche. Der Mittelstand rekrutierte sich aus masurischen und deutschen Bauern, während sich die Unterschicht als zahlenmäßig stärkste Bevölkerungsgruppe aus dem polnischsprachigen Kleinbauern-, Landarbeiter- und Gesindemilieu zusammensetzte. In Masuren bewahrte der „ständisch akzentuierte Stadt-Land-Unterschied“ auch nach 1870 seine konstituierende Rolle für die Gesellschaftsstruktur.⁷ Die Land-Stadt-Bewegung basierte allein auf einer schicht-internen Mobilität. Dabei entwickelte die polnischsprachige Unterschicht mit ihrer Migrationsbewegung nach Westfalen eine horizontale Mobilität, während ihr ein vertikaler Aufstieg verwehrt blieb.⁸

Durch die staatliche Innovationspolitik zur „Stärkung des Deutschtums“ im Zuge der wilhelminischen Ostmarkenpolitik, die sich vornehmlich als Präventionsmaßnahme gegen polnische Aktivitäten in Großpolen und Pommerellen gerierte, blieb es bei der Förderung und dem Ausbau einer agrarischen Monostruktur. Die einseitige Unterstützung der Großbetriebe bewirkte einen Konzentrationsprozess und verhinderte einen nachhaltigen Strukturwandel. Nennenswerte Industrieansiedlungen gab es aufgrund der weiten Distanzen zu den Absatzmärkten ebenfalls nicht. Wenn überhaupt beschränkten sich diese auf die Verarbeitung der natürlichen Ressourcen Masurens wie Holz und Fisch sowie die Veredelung landwirtschaftlicher Produkte. Die wenigen städtischen Betriebe orientierten sich an der örtlichen Nachfrage, weshalb ihr Beschäftigungskontingent beschränkt blieb. Eine Abwanderung war unvermeidlich, da an einen sozialen Ausgleich, d. h. die Neuordnung der Besitzstrukturen, nicht zu denken war. Bis zum Ersten Weltkrieg wanderte etwa ein Drittel der masurischen Gesamtbevölkerung ab, wobei vor allem im Ruhrgebiet, dem Hauptziel der Migration, eine zweite masurische Gemeinschaft entstand. Die sogenannten *westfalczyki* und ihre jährlichen Besuche in ihrer alten Heimat förderten über verschiedene Kanäle und wirkungsvoller als alle staatlichen Maßnahmen die Kommunikation mit dem deutschsprachigen Umfeld. Deshalb spielte die masurische Arbeitsmigration eine kaum zu unterschätzende Rolle im Nationalisierungsprozess. Allerdings spielte sich diese auf einer privaten Familienebene ab, da ein masurisches Vereinswesen auch im Ruhrgebiet außerhalb der streng lutherischen Gebetsvereine nicht existierte. Versuche polnisch-katholischer Vereine, die masurisch-evangelischen in ihr Netz-

7 G. A. Ritter/K. Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, S. 130 f.

8 Ebd., S. 132.

werk einzubinden und diese damit in nationaler Hinsicht zu integrieren, scheiterten am Widerstand der masurischen Vereinsleitungen⁹.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches stieg das Interesse an der bis dahin isolierten Grenzregion. Masuren mit seiner preußisch-loyalen, aber polnischsprachigen Bevölkerung stellte jetzt einen Anachronismus aus einer früheren Phase der preußischen Geschichte dar, der zunehmend als störend empfunden wurde. Ethnische, nationale und konfessionelle Minderheiten galten als – so Thomas Nipperdey – „innere Feinde“, weshalb von staatlicher Seite eine Verschärfung von Identitäts-, Homogenitäts- und Konsensforderungen erfolgte.¹⁰ Was sich in der Tendenz bereits vor der Reichsgründung abgezeichnet hatte – eine bewusste, aber moderate Germanisierungspolitik –, wurde nun als konstitutiver Teil der wilhelminischen Staatsräson nachhaltig gefördert. In der Praxis bedeutete dies zunächst die Umsetzung einer nationalisierenden Infrastrukturpolitik, die auch einen stärkeren Austausch mit der deutschen Sprache und Kultur herbeiführen sollte. Der Aufschwung in Handel und Gewerbe forcierte dabei den Assimilierungsprozess wirksamer als der Schulunterricht. So wurde nicht zu Unrecht behauptet, dass die „Verdeutschung gerade den Schienenwegen entlang vordringt“.¹¹ Masurens Eisenbahnnetz wurde ausgebaut, wenn auch im Landesdurchschnitt erst sehr spät.¹² Vor allem um die Grenzbahnhöfe zum Russischen Reich, wo die auf-

9 Zur Geschichte der Masuren im Ruhrgebiet steht eine umfassende Monographie noch aus. Vgl. bislang Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen?* (Anm. 1), S. 94-104; ders., „Echte Söhne Preußens“. Ethnische Spezifik polnischsprachiger Masuren in Westfalen und die Wirkungsgeschichte eines Frömmigkeitstyps, in: *Westfälische Zeitschrift* 2005 [im Druck]; G. Jasiński, *Wsród swoich czy obcych? Wychódzstwo Mazurów do Zachodnich Niemiec w XIX wieku* [Unter Seinesgleichen oder Fremden? Die Auswanderung der Masuren in den Westen Deutschlands im 19. Jahrhundert], in: *Masovia* 4 (1999), S. 51-61; ders., *Wizytacja radcy królewieckiego konsystorza Hermanna Pelki w Westfalii i Nadrenii w 1898 roku. Część 1* [Die Visitation des Königsberger Konsistorialrats Hermann Pelka in Westfalen und Rheinland 1898. Teil 1], in: *Zapiski Historyczne* Bd. 67 (2002), S. 163-175.

10 Th. Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Bd. II: *Machtstaat vor Demokratie*, München 1992, S. 255.

11 Weinreich, *Bevölkerungsstatistiken* (Anm. 4), S. 98.

12 Die Strecke der „Ostpreußischen Südbahn“ Rastenburg-Lötzen-Lyck (1868) wurde 1871 zum Grenzort Prostken und 1873 weiter nach Grajewo in Polen geführt. Mit dem Eisenbahnbau erlebten die Grenzorte eine Blüte. So verfünffachte sich z. B. die Einwohnerzahl Prostkens binnen 40 Jahren. Ein vergleichbarer Grenzort war Illowo bei Soldau, wo seit 1877 die Danzig-Warschauer Eisenbahn die Grenze passierte. Czybulka (Anm. 5), S. 51f. Im Binnenland wurde Rudczanny 1898 zum Eisenbahnknotenpunkt. Dadurch stieg der Ort zum Zentrum des Holz verarbeitenden Gewerbes auf. Mit der Verbindung Lyck-Arys 1915 war das Streckennetz komplettiert und alle masurischen Städte an das Schienensystem angeschlossen. A. Piątkowski, *Kolej*

einander treffenden unterschiedlichen Spurweiten Aufenthalte für Reisende und Waren notwendig machten, entwickelte sich eine eigene Wirtschaftsstruktur, die eng mit dem Grenzhandel verknüpft war, wie Petroleum-, Vieh- und Getreidehandel sowie Speditionsfirmen.¹³ Auch die gezielte Verlegung von Militärgarnisonen nach 1870 brachte neue Impulse für Handel und Gewerbe.

Nach 1871 begann auch der bis dahin auf Großpolen begrenzte deutsch-polnische Konflikt auf Masuren auszustrahlen; dadurch zog diese Randregion Preußens zunehmend das öffentliche Interesse als Objekt nationaler Legitimationsansprüche und als Schlüsselregion im politischen *Grenzlandkampf* auf sich. Die gesteigerte Aufmerksamkeit auf Seiten der preußischen Politik gründete sich dabei auch auf vereinzelte Publikationen von polnischer Seite, vor allem die programmatische Schrift „O Mazurach“, in der Wojciech Kętrzyński (1838–1918), geboren als Adalbert von Winkler im masurischen Lötzen, 1872 erstmals einen nationalen polnischen Anspruch auf Masuren „als polnischen Bruder“ postulierte.¹⁴ Trotz dieser eindringlichen Appelle Kętrzyńskis war die Region für die polnisch-nationale Bewegung allerdings lange Zeit von nur geringem Interesse. Die Polenpolitik Bismarcks lenkte die polnische Aufmerksamkeit aller drei Teilungsgebiete auf die Provinzen Posen und Westpreußen.

Um ein Übergreifen der polnischen Aktivitäten in den Provinzen Posen und Westpreußen auf Masuren zu verhindern, begannen die preußisch-deutschen Behörden dennoch mit einer Germanisierungsoffensive. Die politischen Zentren Berlin und Königsberg formulierten dabei die Vorgaben, während die lokalen Repräsentanten der Staatsmacht die Nationalisierungspolitik bei ihrer Umsetzung noch zusätzlich forcierten. Ein Beispiel für diese Politik war die Schaffung neuer administrativer Einheiten, die eine effizientere Durchdringung der Grenzregion zum Ziel hatte. So wurde 1905 der Regierungsbezirk Allenstein geschaffen, dem sämtliche masurischen Landkreise mit Ausnahme Oletzkos zugeschlagen wurden.¹⁵ Mit der Gründung des Regierungsbezirks waren wirtschaftspolitische Impulse verknüpft, durch die

Wschodnia w latach 1842–1880 [Die Ostbahn in den Jahren 1842–1880], Olsztyn 1996.

13 Kossert, Preußen, Deutsche oder Polen? (Anm. 1), S. 51.

14 W. Kętrzyński, O Mazurach [Über Masuren], Poznań 1872, S. 10. Eine erste Fassung erschien bereits 1868 im „Dziennik Poznański“ [Posener Tageblatt]. 1871 bat ihn der „Tygodnik Wielkopolski“ [Großpolnisches Wochenblatt] um eine erneute Veröffentlichung, die mit einem Anhang von 54 masurischen Volksliedern in den Ausgaben Nr.7-11 (1872) erschien.

15 A. J. Nobis, Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Allenstein 1905–1945, München 1987, S. 7.

dem Abwanderungstrend in die westdeutschen Industriereviere und der als Bedrohung empfundenen polnischen Ansiedlung in den westmasurischen Kreisen Osterode und Neidenburg entgegengewirkt werden sollte. Durch die willkürliche Neugliederung der Verwaltungsgrenzen erreichte man gleichzeitig die administrative Zergliederung der ethnographischen Einheit des masurischen Sprach- und Kulturraums, da der Kreis Oletzko beim Regierungsbezirk Gumbinnen verblieb.¹⁶

Im Rahmen der wilhelminischen Ostmarkenpolitik gingen infrastrukturelle Innovation und Durchdringung der bisherigen polnisch-masurischen Milieus Hand in Hand. Zunächst erfuhr unmittelbar nach der Reichsgründung die Politik der sprachlichen Germanisierung eine konsequente Umsetzung auf lokaler Ebene. Das 1873 vom ostpreußischen Oberpräsidenten Karl-Wilhelm von Horn verfügte Verbot der polnischen Unterrichtssprache stellte das masurische Schulsystem vor eine große Herausforderung, auf die mit dem massiven Ausbau von Bildungseinrichtungen reagiert wurde. Neben einem dichten Volksschulnetz entstanden Fortbildungs-, Landwirtschafts- und Berufsschulen. Auch die Förderung der Lehrerausbildung erhielt durch die Gründung zusätzlicher Lehrerseminare (Präparandenanstalten) neuen Auftrieb. Höhere Lehrergratifikationen („Masurenzulage“, auch für Pfarrer) sowie Pensionen und Hinterbliebenenfonds steigerten die Attraktivität des Lehrerberufs. Durch die Neuordnung der Ausbildung gelangten nun erstmals Lehrer an die masurischen Dorfschulen, die des Polnischen nicht mächtig waren. Diese Schulpolitik stellte die nachhaltigste staatliche Nationalisierungsmaßnahme in Masuren dar, wobei die Vorgaben aus Berlin und Königsberg durch die evangelischen Pfarrer als örtliche Schulinspektoren in Zusammenarbeit mit den Lehrern konsequent umgesetzt wurden. Die evangelische Kirche stand aktiv im Dienst der staatlichen Germanisierungspolitik und war den Behörden ein verlässlicher Partner und Informant. Gemeinsame Feindbilder und Ziele verbanden Kirche und Behörden, deren Machtstellung eigenen masurischen Initiativen kaum mehr argumentativen Spielraum eröffnete.

In der deutschen Historiographie wurde die Sprachenpolitik gefeiert, da sie „fälscher Sentimentalität ein Ende“ bereitet und „den Bann der Zweisprachigkeit in den ostpreussischen Schulen“ gebrochen habe.¹⁷ Das amtliche Sprachverbot schlug sich auch in einer bewussten Umdeutung der Sprachstatistiken nieder. Von deutscher Seite wurden Assimilierungserfolge

16 D. Stüttgen, Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Gumbinnen 1871–1920, Köln/Berlin 1989 S. 291.

17 J. Brehm, Die Entwicklung der evangelischen Volksschule in Masuren im Rahmen der Gesamtentwicklung der preußischen Volksschule, Bialla 1914, S. 465.

in den Statistiken vorweggenommen. Gab es bis 1890 nur eine grobe, aber sachlich begründete Differenzierung in „deutsch“ und „polnisch“ als Muttersprache, wurde seitdem durch die Schaffung der Kunstkategorie „masurisch“ statt „polnisch“ das Verhältnis zugunsten der deutschen Sprache verschoben. In den Anweisungen zur Durchführung der Volkszählung 1910 hieß es, dass die „masurische und kassubische Muttersprache [...] als solche und nicht als polnische zu bezeichnen“ seien.¹⁸ Trotz der noch weitverbreiteten polnischen Sprache im Alltag war der Erfolg der preußisch-deutschen Politik unverkennbar. Durch die Ausschaltung des Polnischen aus dem öffentlichen Leben, vor allem dem schulischen Bereich, brach die lokale Sprachgemeinschaft auf. In den Schulen erlebte die masurische Jugend ein härteres Vorgehen der Lehrer. Vom Geist der Ostmarkenpolitik durchdrungen, wollten die Pädagogen aus ihren Dorfschulen deutsche Vorzeigelehranstalten machen. Mit Härte sollte den Kindern die polnische Sprache „ausgeprägelt“ werden. Karol Małek, der spätere polnische Masurenpolitiker, erfuhr bei seiner Einschulung in Brodau, Kirchspiel Narzym, schon am ersten Tag physische Gewalt. Im Schuljahr 1908 verbot der Lehrer jeglichen Gebrauch der polnischen Sprache in- und außerhalb der Schule. Małek berichtete von einem Vorfall, als sein Mitschüler zur Strafe ein Schild mit der Aufschrift „Pollack“ auf dem Rücken tragen musste.¹⁹ In der Dorfschule Wujaken, Kreis Ortelsburg, ahndete der Lehrer jeden Gebrauch des Polnischen mit einem Holzstock, der „Pollack“ genannt wurde.²⁰

Mit der Gründung des *Deutschen Ostmarkenvereins* 1894 erfuhr die Germanisierungspolitik in Masuren eine zusätzliche Ideologisierung, die mit der Radikalisierung der staatlichen Interventionen unter Wilhelm II. einherging.²¹ Überzeugt von ihrer Kulturmission im Osten, wurde die ethnische Homogenisierung zum alleinigen Primat preußisch-deutscher Politik in der

18 Archiwum Państwowe w Olsztynie [Staatsarchiv Allenstein] (APO) 258/66. Magistrat Sensburg. Erläuterungen zur Ausfüllung der Zählkarte A. Volkszählung 1.10.1910.

19 K. Małek. *Z Mazur do Verdun* [Von Masuren nach Verdun], Warszawa 1967, S. 153 ff.

20 J. Jasiński, *Hańbiacy system kar za posługiwanie się językiem polskim w szkolnictwie pruskim na Warmii i Mazurach w XIX i XX wieku* [Das Prügelstrafsystem für den Gebrauch der polnischen Sprache im preußischen Schulwesen in Ermland und Masuren im 19. und 20. Jahrhundert], in: *Rocznik Olsztyński* [Allensteiner Jahrbuch] 14/15 (1983), S. 223-233.

21 Dem DOMV stand bald der polnische „Straž“ gegenüber, der jedoch, wie überhaupt der Nationalitätenkampf, vor allem in Großpolen und Pommerellen stattfand. Vgl. dazu S. Grabowski, *Deutscher und polnischer Nationalismus. Der Deutsche Ostmarkenverein und die polnische Straž 1894–1914*, Marburg 1998.

Region. Zugleich versuchte man die Germanisierung als *Abwehrkampf* zu legitimieren. Alle Gegner – reale und imaginäre – wurden in diesen Abwehrkampf einbezogen. „Katholizismus“, „Separatismus“, „Polonismus“ und „Socialdemokratie“ waren die Schlagworte, mit denen die Germanisierungsmaßnahmen begründet wurden. Der *Deutsche Ostmarkenverein* operierte zwar in erster Linie in Großpolen und Pommerellen, richtete sein Augenmerk jedoch auch auf Masuren und verfolgte das Ziel, auch in den entlegensten Winkeln die Dominanz der deutschen Kultur sicherzustellen. In Masuren gehörte dem Verband fast die gesamte lokale Elite an, die ausschließlich aus Deutschen bestand. Vor allem evangelische Pfarrer bekleideten häufig Führungspositionen. Auch wenn diese Pfarrer noch polnischsprachige Gottesdienste abhielten, war ihre politische Haltung klar. Dem Ostmarkenverein traten auch körperschaftliche Mitglieder, z. B. Landkreise und Kommunen, bei. Das Wirken des *Ostmarkenvereins* war symptomatisch für die ideologisch-politische Gesamtsituation um die Jahrhundertwende, für einen beträchtlichen Konformitätsdruck, dem alle Andersdenkenden und Anderssprechenden ausgesetzt waren. Durch die Einbindung der lokalen Eliten in den *Deutschen Ostmarkenverein* erfolgte daher eine kontinuierliche gesellschaftliche Durchdringung, wobei allerdings das Engagement des Vereins im Wesentlichen auf die deutschsprachigen Honoratiorenkreise der Städte und Kirhdörfer begrenzt blieb; dem *Ostmarkenverein* gelang keine Massenmobilisierung der masurischen Mehrheitsbevölkerung.

Die staatliche Intervention schlug sich demgegenüber vor allem in konkreter materieller Hilfe vor Ort nieder. Als Antwort auf die „polnische Gefahr“ führte die als Präventivmaßnahme initiierte Infrastrukturpolitik u. a. aus dem „Fonds zur Förderung des Deutschtums“ zu einer praktischen nachhaltigen Regionalpolitik, die gleichzeitig eine nationalisierende Funktion erfüllte. Bereits 1901 hatte das Königsberger Oberpräsidium einen Antrag beim Finanzministerium auf Einrichtung eines „Dispositions-Fonds zur Förderung und Befestigung des Deutschtums“ gestellt, der folgende Maßnahmen ermöglichen sollte: Überwachung der polnischen Propaganda und deren Bekämpfung durch Schriften, Verdeutschung der masurischen Jugend, Unterstützung deutscher Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker, Förderung deutscher Vereine.²² Dabei sollten nur solche Institutionen und Verbände unterstützt werden, die außerhalb des eigentlichen staatlichen Aufgabenbereichs wirkten. 1903 verfügte der Fonds über 85.000 Mark, 1904 über 135.000 Mark, 1908 wurde er auf 220.000 Mark aufgestockt. Zu den geförderten Pro-

22 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK). XX.HA. Rep.2 (II). Nr.3496. Oberpräsident Ostpreußen an preußischen Finanzminister. Königsberg, 9.11.1901.

jekten zählten Beihilfen für landwirtschaftliche Fortbildungsschulen, Gemeindehäuser, Kleinkinderschulen, Gemeindegewerbestationen, Molkereigenossenschaften, aber auch Zuschüsse für evangelische bzw. konservativ-patriotische Vereine, wie Kriegervereine, Gesangsvereine, Vaterländische Frauenvereine sowie evangelische Jungfrauen- und Jünglingsvereine.

Auf lokaler Ebene stand jedem Landrat ein kleiner Etat zur Beschäftigung von Informanten und eingeschleusten Spitzeln zur Verfügung (1909: insgesamt 2.000 Mark). Alle geförderten Einrichtungen sollten einen Beitrag zur Hebung der Landeskultur und damit für die ‚Befestigung des Deutschtums‘ leisten. Auch wurden Herausgabe und Vertrieb der polnisch-masurischen Schriften *Pruski Przyjaciel Ludu* [Preußischer Volksfreund] sowie *Kalendarz Królewsko-Pruski Ewangelicki* [Königlich-Preußischer Evangelischer Kalender] aus den Fondsmitteln bestritten. Mit diesen Publikationen, deren Redaktion masurischen Pfarrern oblag, sollten die Masuren in der Muttersprache ‚an das Deutschtum‘ herangeführt werden. Zugleich waren sie „eine brauchbare Waffe gegen die Sozialdemokratie und die nationalpolnische Agitation“.²³ Veranlasst wurde die Herstellung und kostenlose Verbreitung in Zusammenarbeit mit der „Zentralstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Ostpreußen“ in Königsberg. Diese Stelle erhielt 1908 auch den Rest aus dem Fonds-Etat „in Anerkennung ihrer Förderung der Germanisierung Masurens“.²⁴

Neben wirtschaftlichen und sozialen Innovationen erfüllten immer wieder direkte staatliche Eingriffe in die ethnische Spezifik eine nationalisierende Funktion. Dem gewachsenen ethnisch motivierten Konformitätsdruck entsprach auch die bewusste Eliminierung slawischer Namen. Da das zuständige Oberpräsidium Ostpreußen personell und institutionell dem Ostmarkenverein und seinen Zielen nahe stand, wurde die Germanisierungsaktion in einem Geist nationalen Übereifers umgesetzt. Hauptargument war, dass es keinem Deutschen zugemutet werden könne, in einem Ort zu leben, dessen Namen auszusprechen er nicht fähig sei.²⁵ Im Kreis Lyck wurde bereits 1897

23 GStA PK. XX.HA. Rep.2 (II). Nr.3496. Zentralstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Provinz Ostpreußen an Oberpräsident v. Windheim. Königsberg, 1.3.1909. Diese operierte unter einem Decknamen mit einer Privatadresse: Herr Ewald Wichmann, Schönstr. 5, Königsberg i. Pr.

24 GStA PK. XX.HA. Rep.2 (II). Nr.3503. Oberpräsidium Ostpreußen. Königsberg, 4.4.1908.

25 APO 263/501. Broschüre Deutscher Ostmarken-Verein. Ratschläge für Vertrauensmänner des DOMV. Berlin 1902, S. 12: „Auch Anträge auf Abänderung polnischer Ortsbezeichnungen in deutsche sind durchaus zulässig und zur Förderung der deutschen Sache wünschenswert; denn es kann nicht verlangt werden, daß Deutsche in

Długochorellen/Downarren in Langsee umbenannt. Im Kreis Ortelsburg erfolgte die früheste Umbenennung 1877 (Krzywoggen – Krummfuß; Trzianken – Rohrdorf), 1900 und 1904 folgten Groß Przesdzienk – Groß Dankheim und Opalenietz – Flammberg.

Gleichzeitig nahm sich die deutschsprachige lokale Elite der regionalen Traditionspflege an, wodurch das ernisch dominierende polnisch-masurische Element weiter marginalisiert wurde. Dem Ausdruck stärkerer Verbundenheit mit der Herkunftsregion entsprach die Gründung einer Vereinigung zur Erforschung masurischer Geschichte und der *Litterarischen Gesellschaft Masovia* in Lötzen im Jahr 1895, relativ spät im Vergleich zu anderen ostpreußischen Regionen. Zu ihren Mitgliedern gehörten lokale Honoratioren – Gutsbesitzer, Beamte, Pfarrer, Lehrer – sowie fördernde auswärtige Personen und Gelehrte.²⁶ In der Programmatik des Vereins wurden die neuen Werte deutschen Regionalbewusstseins deutlich: Heimatliebe und die Herausstellung der deutschen Zivilisation und ihres Beitrags zur Hebung der Landeskultur. Damit trage die Gesellschaft „zur Kräftigung des Deutschtums in Masuren bei“.²⁷ Die polnisch-masurischen Wurzeln sollten im neuen Verständnis eliminiert werden. Ziele der Gesellschaft waren demnach die „Liebe zur engeren Heimath, sowie Kenntniss und Werthschätzung der deutschen Kulturarbeit an derselben und der landesväterlichen Fürsorge der Brandenburg-preußischen Herrscher zu fördern“. Damit trage sie „zur Kräftigung des Deutschtums in Masuren bei“.²⁸ In der Forschung sollte Masuren als „Stätte jahrhundertealter deutscher Kultur“ und als „Bestandteil des preußischen Staates“ erforscht werden. Damit befand sich die „Masovia“ im Einklang mit der staatlichen Germanisierungspolitik.

Insgesamt wurden Manifestationen einer regionalen masurischen Identität im kleinstädtischen öffentlichen Raum zunehmend unmöglich und waren im Wesentlichen auf den ländlich-dörflichen sowie den familiären Bereich festgeschrieben. Die politisch-ideologische Beeinflussung hinterließ bei den Masuren selbst tiefe Spuren und resultierte in dem Wunsch, gleichberech-

Deutschland in einem Orte wohnen, dessen Namen sie weder schreiben noch aussprechen können“.

26 Ein Mitglieder-Verzeichnis aus dem Jahr 1903 weist u. a. folgende Honoratioren auf: Ehrenvorsitzender war Graf Heinrich von Lehndorff, Preyl. Den Vorstand führte Professor Karl Eduard Schmidt, Lötzen, an. Zu den weiteren Mitgliedern zählten nur Pfarrer, Juristen, Offiziere, hohe Kommunalbeamte (Landräte), Universitätsprofessoren, Gutsbesitzer und Ärzte.

27 GStA PK. XX.HA. Rep.2 (II). Nr.2006. Regierungspräsident Gumbinnen an Oberpräsident Ostpreußen. Gumbinnen, 21.5.1902. Betr. Gesuch der Litterarischen Gesellschaft Masovia zu Loetzen um Gewährung einer Beihilfe.

28 Ebd.

tigte „Deutsche“ zu sein. Nicht zuletzt das koordinierte Auftreten von Staat und Kirche bewirkte, dass unter dem Einfluss des Ostmarkenvereins moderate Töne spätestens seit der Jahrhundertwende keinen Anklang mehr fanden. Auch für die spät einsetzenden Versuche, die masurische Bevölkerung für die polnische Seite national zu vereinnahmen, gab es um 1900 keine kommunikative Grundlage mehr. Als Indiz für eine vorübergehende separatistische Tendenz, wenn auch unter eindeutig nationaler polnischer Ägide, sahen die Behörden dabei die Gründung der *Masurischen Volkspartei* (MVP) 1896 in Lyck, die sich mit ihrem Presseorgan, der *Gazeta Ludowa*, vor allem an die evangelischen Masuren wandte. Der systematische Ankauf verschuldeter Güter in den Kreisen Osterode und Neidenburg durch katholische Polen aus Posen kam als zweite polnische Aktion hinzu, hinter der die deutschen Behörden eine generalstabsmäßige Polonisierungskampagne vermuteten. Bei der Ansiedlung polnischer Gutsbesitzer in Masuren, die als „polnische Agitatoren“ denunziert wurden, handelte es sich jedoch in der Regel um Opfer des preußischen Ansiedlungsgesetzes in der Provinz Posen. So erwarben die Polen Szczerbiński und Koczorowski, wobei letzterer zuvor ein Gut in Groß Starolenka (Kreis Posen-Ost) besessen hatte, das 8.000 Morgen große Gut Mühlen im Kreis Osterode. Kredite zum Besitzerwerb vergaben polnische Genossenschaftsbanken, die sich als finanzielle Selbsthilfe-Institutionen gegen die preußische Polenpolitik gebildet hatten. Diese Finanztransfers erregten die Aufmerksamkeit und das Misstrauen der Behörden.²⁹ Bei den Reichstagswahlen 1898 und 1903 kandidierten schließlich zwei Mitglieder der MVP, die beide nicht aus Masuren stammten und uneinheitliche Wahlergebnisse für sich verbuchen konnten.³⁰

29 Hauptorte der Ansiedlung nach 1890 waren die Orte Marienfelde, Kreis Osterode, sowie Groß Koschlau und Bialluten im Kreis Neidenburg. Bis 1908 waren allein im Kreis Neidenburg 4.786 und im Kreis Osterode 4.608 Hektar in polnischen Besitz übergegangen. Die anderen Kreise spielten dagegen eine untergeordnete Rolle. Hartmann, Zur nationalpolnischen Bewegung (Anm. 3), S. 54ff.

30 Der Warschauer Redakteur der *Gazeta Ludowa*, Karol Bahrke, erzielte 1898 im Wahlkreis Oletzko-Lyck-Johannisburg nur 229 von 17.832 abgegebenen Wählerstimmen, während sein konservativer Gegner 13.000 Stimmen erhielt. Anders sah es im Wahlkreis Ortelsburg-Sensburg aus, wo der Posener Eugen Zenon Lewandowski 5.874 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Damit erhielt er ein Drittel aller Stimmen, wobei er allerdings von der Freisinnigen Volkspartei mit 4.000 Stimmen unterstützt wurde. Im Kreis Ortelsburg hatte der polnische Kandidat eine Mehrheit. Nur das mehrheitlich konservative Votum des Kreises Sensburg verhinderte einen polnischen Wahlsieg. Vgl. Stüttgen, Regierungsbezirk Gumbinnen (Anm. 16), S. 340. Bei den Reichstagswahlen 1903 erhielt Lewandowski etwa 4.000 Stimmen. Der im Wahlkreis von Karol Bahrke angetretene Bauer Gottlieb Labusch erzielte dagegen nur 130 Stimmen. G. Jasiński, *Mazurska Partia Ludowa. Próba oceny roli i znaczenia* [Die Masurische Volkspartei. Versuch einer Einschätzung

Bei den Reichstagswahlen 1907 erhielten die Konservativen in den bereits erwähnten Wahlkreisen Oletzko-Lyck-Johannisburg 93,1% und Ortelsburg-Sensburg 73,1% der Stimmen. Andere Parteien hatten keine Chance. Das Wahlverhalten war Ausdruck einer ungebrochenen preußisch-dynastischen Staatsverbundenheit, die noch weitgehend von einem vornationalen Konservatismus geprägt war.³¹ Der MVP gelang es nur aufgrund momentaner Stimmungen einige wenige Achtungserfolge zu erzielen, ihre politischen Aktivitäten zeichneten sich insgesamt durch ein eher dilettantisches Vorgehen aus. Auch insgesamt fiel die polnische Arbeit bereits vor 1914 durch mangelnde Koordination auf; es gelang nicht, eine originär masureische Basisstruktur zu etablieren. Komitees aus Posen und Warschau behinderten sich gegenseitig, und jede polnische Aktivität in Masuren hing existentiell von der finanziellen Unterstützung polnischer Masurenfreunde ab. Vor allem aber wurde von polnischen Aktivisten die konfessionelle Bindung der Masuren unterschätzt. Ihr religiöser Konservatismus ließ sie an der polnischen Sprache festhalten, zugleich aber auch am preußisch-deutschen Staat. Mit dem Appell an die Angst vor dem Katholizismus gelang es der deutschen Propaganda, die evangelischen Masuren an sich zu binden.

Die Weltkriegserfahrung mit der beinahe vollständigen Zerstörung und Besetzung Masurens 1914/15 sowie die polnischen Territorialforderungen nach 1918 (Volksabstimmung 1920) beschleunigten durch die nationale Polarisierung den Assimilierungsprozess. Mit der Volksabstimmung 1920 konnte die Nationalisierung als abgeschlossen betrachtet werden. Bisher hatte eine Haltung der Kulturarroganz die Masuren in binnendeutscher Perspektive zum Objekt der ‚Arbeit am nationalen Raum‘ gemacht; die Region sollte nun mit der Volksabstimmung zum ‚Subjekt werden, d. h. es sollte nicht mehr propagandistisch bearbeitet werden, es sollte vielmehr mitarbeiten‘.³² Die deutsche Seite nutzte dabei ihren Standortvorteil zu einer bis dahin beispiellosen Massenmobilisierung, und erstmals fanden sich alle Masuren in Deutschumsverbänden organisiert. Allein ein Vergleich der Mitgliederzahlen verdeutlicht dabei bereits im Vorfeld der Abstimmung die organisatorisch-kommunikationstechnischen Mehrheitsverhältnisse in der Region. So

znaczenia [Die Masurische Volkspartei. Versuch einer Einschätzung ihrer Rolle und Bedeutung], in: *Masovia* 1 (1997), S. 23.-46, hier S. 26. Dabei ist zu beachten, dass in Masuren – obwohl ohne nennenswerten deutschen Großgrundbesitz – der Anteil für die Deutsch-Konservative Partei überproportional hoch ausfiel.

31 B. Kozięło-Poklewski, *Kształtowanie się* (Anm. 2), S. 121.

32 In deutschumszentrierter Weise formulierte dies der ehemalige Ortelsburger Gymnasialdirektor Max Meyhöfer in: ders./V. v. Poser, *Der Kreis Ortelsburg. Ein ostpreußisches Heimatbuch*, Leer 1978, S. 148.

zählte der deutsch-patriotische Masuren- und Ermländerbund im Februar 1920 220.000 Mitglieder.³³ Der polnischen Propaganda standen im Abstimmungsgebiet dagegen nur 120 Funktionäre zur Verfügung, die zudem noch mehrheitlich aus Polen stammten, weil sich bei den Masuren nicht genügend Freiwillige fanden, die bereit gewesen wären, sich für Polen einzusetzen. Ihre Arbeit konzentrierte sich auf die westmasurenischen Kreise Osterode, Neidenburg und Ortelsburg, während sie in Ostmasuren überhaupt keine Vertrauensleute aktivieren konnten.³⁴ Generell standen der deutschen Seite großzügige staatliche Finanzmittel zur Verfügung.³⁵ Das Ergebnis der Volksabstimmung fiel daher eindeutig zugunsten Ostpreußens und Deutschlands aus.

Ergebnis der Volksabstimmung 11. Juli 1920 (in %)³⁷

Landkreis	Stimmenanzahl Ostpreußen	Stimmenanzahl Polen	Prozentsatz Ostpreußen	Prozentsatz Polen
Ortelsburg	48.204	511	98,51	1,49
Johannisburg	34.036	14	99,96	0,04
Neidenburg	22.233	330	98,54	1,46
Lyck	36.534	44	99,88	0,12
Sensburg	34.334	25	99,93	0,07
Osterode	46.385	1.043	97,81	2,19
Lötzen	29.378	9	99,97	0,03
Oletzko	28.625	2	99,993	0,007
Gesamtanteil	279.729	1.978	99,32	0,68

In vielen Erinnerungen wurde der 11. Juli 1920 als eine Zäsur in den Biographien der Masuren gewertet. In Jedwabno, Kreis Neidenburg, brach bei Bekanntgabe eines hundertprozentigen deutschen Sieges im Dorf eupho-

33 Nach eigenen Angaben zählte der Verband 206.313 Mitglieder in 1.046 Ortsgruppen. Vgl. Max Worgitzki, *Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen. Der Kampf um Ermland und Masuren*. Leipzig 1921, S. 85ff. Der ebenfalls geläufige Name „Heimatverein“ für die lokalen Gruppen wurde deshalb gewählt, weil die „treibende Kraft gegen das Polentum die Liebe zur Heimat“ gewesen sei.

34 Vgl. W. Wrzesiński, *Plebiscyty na Warmii, Mazurach oraz na Powiślu w roku 1920* [Die Volksabstimmung in Ermland, Masuren und dem Weichselgebiet 1920], Olstzyn 1974, S. 176f.

35 Vgl. R. Klatt, *Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/1920*, Heidelberg 1958, S. 229f. Im Juli 1919 überwies die Reichsregierung beispielsweise 1,5 Millionen RM.

rischer Jubel aus: „Man fiel sich gegenseitig in die Arme und die Freude wollte kein Ende nehmen. Nach dem Absingen von ‚Nun danket alle Gott‘ und ‚Großer Gott wir loben Dich‘ formierte sich ganz spontan die Menge und zog singend durch das Dorf“.³⁶

Zusammenfassung

Der öffentlich-politische Kommunikationsraum war in Masuren während des gesamten analysierten Zeitraums durch eine starke Asymmetrie gekennzeichnet. Durch die vor allem als Folge des fehlenden Kulturkampfes verspätete Vereinsgründungstätigkeit besaßen die polnischsprachigen Masuren keine organisierte Plattform gegen die staatlichen Germanisierungsmaßnahmen. Da die Bevölkerung in Masuren jedoch nie in einem Loyalitätskonflikt zum preußisch-deutschen Staat stand, existierte auch kein Wunsch nach einer Option, die etwa durch einen Anschluss an Polen die polnische Sprache Masurens hätte bewahren können. Die konfessionelle Barriere zum katholischen Polen erwies sich als stärkster Widerstand gegen eine propolnische Masurenbewegung. Zudem implizierten alle gesellschaftlichen Kodizes, dass für einen sozialen Aufstieg ein Identitäts- und Sprachwechsel alternativlos sei. Diese Gleichsetzung von gesellschaftlichem Prestige und Deutschsprachigkeit wurde in Masuren nie ernsthaft hinterfragt, unter anderem da alternative nationale Muster im öffentlichen Diskurs weitgehend fehlten. In Masuren ist daher die verspätete Nationalisierung einer vönnationalen Bevölkerung zu beobachten. Im Prozess der Nationalisierung wurde als Argument durchaus auf die Grenzlage der Region zurückgegriffen, obwohl sie im Vergleich zu den Brennpunkten im deutsch-polnischen Konflikt nur eine marginale Rolle spielte. Eine Massenmobilisierung mit irreversibler Nationalisierung fand erst im Kontext der Volksabstimmung 1920 statt, deren Ausgang nochmals unterstrich, dass eine polnische Option in Masuren chancenlos war.

36 F. Suchalla, Geschichte des Dorfes Gedwangen (Jedwabno), Essen 1994, S. 151.

37 Dokument 312: „Endbericht der Interalliierten Kommission für den Bezirk Allenstein. Vertreter Großbritanniens E. Rennie, an den Vorsitzenden der Botschafter-Konferenz in Paris. 14.8.1920“, in: P. Stawiecki/W. Wrzesiński (Hrsg.), Plebiscyty na Warmii, Mazurach i Powiślu w 1920 roku. Wybór źródeł [Die Volksabstimmungen in Ermland, Masuren und dem Weichselgebiet 1920. Eine Quellenauswahl], Olsztyn 1986, S. 447-452; Wrzesiński, Plebiscyty (Anm. 34), S. 271.